

ANHANG

Asyl- und Integrationslandesrat Gottfried Waldhäusl

ad I/1: Negative Grundeinstellung Geflüchteten gegenüber

Presseaussendung / Büro Waldhäusl, 20.02.2020

Landesrat Waldhäusl für das Erlernen von Benimmregeln anstatt reflexartiger Integration!

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200220_OTS0007/landesrat-waldhaeusl-fuer-das-erlernen-von-benimmregeln-anstatt-reflexartiger-integration

Waldhäusl-Weg in Niederösterreich: Integration ab dem ersten Tag des Grenzübertritts kommt nicht in Frage – Eingliederung ist das Schlüsselwort

„Ein großer Teil unserer türkis-grünen Bundesregierung steht für Integration ab dem allerersten Tag, an welchem ein Migrant in unserem Land einen Asylantrag stellt. Ein völlig falscher Weg, den Niederösterreich ganz sicher nicht beschreiten wird“, bekräftigt Asyl- und Integrationslandesrat Gottfried Waldhäusl bei einer Arbeitsklausur in St. Pölten-Land seinen Zugang. „Ich stehe dafür, dass Integrationsmaßnahmen nur für Menschen mit positivem Asylbescheid und jene mit einer hohen Bleibewahrscheinlichkeit zur Verfügung stehen.

Nicht zuletzt geht es bei großangelegten Integrationsmaßnahmen um sehr viel Steuergeld, hier ist mit Bedacht zu agieren“, so Waldhäusl. „Jene, die Schutz auf Zeit in unserem Land genießen, sollen sich daher eigenverantwortlich eingliedern und sich auch um einen Arbeitsplatz bemühen. Bekanntlich gehen derzeit über 50 Prozent aller Asylberechtigten keiner Arbeit nach bzw. wollen dies auch gar nicht. Wer sich mit diesen Gegebenheiten nicht anfreunden will und auch unsere Gesetze negiert, kann sich von mir kein Pardon erwarten!“

Wer sich mit diesen Gegebenheiten nicht anfreunden will und auch unsere Gesetze negiert, kann sich von mir kein Pardon erwarten!“

STANDARD, 18.02.2021

<https://www.derstandard.at/story/2000124287379/waldhaeusl-vergleicht-gefluechtete-mit-borkenkaeferproblematik>

Waldhäusl vergleicht Geflüchtete mit „Borkenkäferproblematik“

Waldhäusl vergleicht Geflüchtete mit Borkenkäferproblematik und fordert „Minuszuwanderung“, nicht bloß „Null-Asylwerber-Politik“.

ORF-Bericht, 13. 05. 2019

<https://noe.orf.at/v2/news/stories/2981215/>

Waldhäusl gibt Asylwerbern „Zehn Gebote“ vor

Geflüchteten, die sieben Jahre und mehr auf endgültige Entscheidungen in ihrem Asylverfahren warten, werden nicht nur Integrationsmaßnahmen wie Deutschkurse verweigert, sie dürfen auch nicht arbeiten.

Man erwartet aber von ihnen, dass sie wissen „wie Österreich tickt“ (© Waldhäusl) und die hiesigen Werte respektieren. Wie das funktionieren soll, wenn Asylwerber*innen in ihren Selbstversorgerquartieren sich selbst überlassen sind und oft kaum Kontakt zu Österreicher*innen haben, erklärt der Landesrat nicht.

Dafür verordnet er ihnen „Die 10 Gebote der Zuwanderung“ und fordert sie zu „Dankbarkeit“ Österreich gegenüber auf.

ad I/2: Geflüchtete als drohende Gefahr

Presseaussendung – Büro Waldhäusl /05.11.2021

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211105_OTS0101/asyl-oesterreich-vor-land-unter-am-15-november-geht-in-oesterreich-gar-nichts-mehr

Asyl – Österreich vor „Land unter“ Am 15. November geht in Österreich gar nichts mehr
„Sämtliche Bundesbetreuungsquartiere für Asylwerber sind brechend voll, tagtäglich strömen weitere unzählige Migranten nach Österreich. Ausgerechnet am 15. November, dem Landesfeiertag, geht in unserem Land gar nichts mehr - Österreich steht dann definitiv vor „Land unter“!

Österreich steht im Asylbereich das Wasser bis zum Hals, dies kann mittlerweile nicht einmal mehr Innenminister Nehammer schönreden. Anfang des Jahres 2021 haben beim Frühwarnsystem des Landes NÖ alle Alarmglocken laut geschrillt, immerhin lag die Zahl der Asylanträge damals bundesweit bei 400 pro Woche, eine Flüchtlingskrise noch im heurigen Jahr wurde von der zuständigen Fachabteilung als mittelgradig wahrscheinlich eingeschätzt. Denn laut NÖ Maßnahmenplan ist ab 500 Anträgen pro Woche Gefahr in Verzug.[...]

Alibimäßig und der Showpolitik geschuldet hat der Innenminister einen Grenzschutz durch das österreichische Bundesheer installieren lassen, der sich allerdings als Bumerang entpuppt hat. Seit Monaten stellt sich die Lage nun so dar, dass illegale Migranten an den Grenzen empfangen und prompt in heimische Erstaufnahmezentren verbracht werden. Waldhäusl: „Ob die Herrschaften nun ursprünglich nach Deutschland oder Schweden und Österreich nur kreuzen wollten, ist unerheblich. Tatsache ist, dass alle diese Menschen dann in unserem Land bleiben und einen Asylantrag stellen. Ein Rohrkrepierer, und das Bundesheer leistet Schlepperhilfe!“ Eine völlig fehlgeleitete Maßnahme unseres Innenministeriums, mit verheerenden Folgen für unser Land.“

SALZBURGER NACHRICHTEN / 05.11.2021

<https://www.sn.at/politik/innenpolitik/noe-landesrat-waldhaeusl-fordert-asylstopp-111949126>

NÖ Landesrat Waldhäusl fordert Asylstopp

LR Waldhäusl betreibt Panikmache vor „einer riesen Asylwelle“ und vergleicht die Situation mit einem Hochwasser-Szenario: „Ich werde in Niederösterreich da nicht mitspielen, werde Niederösterreich nicht absaufen lassen.“

Diese Hochwasserlage müsse mit Sandsäcken und einem Damm bekämpft werden, „damit kein Asylwerber mehr über diesen Damm kommt“.

Er bekräftigt erneut seinen angekündigten temporären Übernahmestopp von Asylwerbern bis zum Asylgipfel am 2. Dezember 2021.

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 14.01.2021

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210114_OTS0080/alarm-durch-fruehwarnsystem-nach-corona-droht-fluechtlingskrise

Alarm durch Frühwarnsystem: Nach Corona droht Flüchtlingskrise

Unterlagen zur Pressekonferenz mit Landesrat Gottfried Waldhäusl

„Im Schatten der Pandemie entwickelt sich laut Experten aus der Asyl- und Integrationsfachabteilung des Landes NÖ eine nicht mehr zu übersehende **Gefahr einer neuen Flüchtlingskrise**. Der halbjährlich vorgesehene Statusbericht des NÖ-Maßnahmenplanes ließ die **Alarmglocken** schrillen. Denn als **Frühwarngrenze** gilt im Plan die Zahl von ca. 2.000 Asylanträgen pro Monat. „Speziell im letzten Quartal 2020 wurden über mehrere Kalenderwochen hinweg weit über 400 Asylanträge pro Woche gestellt. Damit zeigt sich eine klare Tendenz nach oben...“, schreiben die Asylexperten der Fachabteilung in ihrer Beurteilung vom 12. Jänner 2021. Und weiter: „Unter Berücksichtigung dieser Entwicklung und Einbeziehung allgemeiner Migrationsdaten, insbesondere aber der Annäherung der wöchentlichen Asylantragszahlen auf die Frühwarngrenze von 500 Asylanträgen pro Woche ist eine **Flüchtlingskrise für das Jahr 2021 mittelgradig wahrscheinlich**.“

Wer trotz der alles überschattenden Pandemie und ihrer harten Maßnahmen die Entwicklung der **illegalen Migration** beobachtet hat, den überraschen die Hochrechnungen der Experten keineswegs. Schließlich sorgen die **löchrigen Grenzen** von Innenminister Nehammer jede Woche aufs Neue für Aufgriffe von Schleppern und Geschleppten, was die offiziellen Zahlen aus der „**Schlepperdatenbank**“ seines Ministeriums auch belegen:

Von 1. Jänner bis 31. Dezember 2020 kam es exakt zu 21.776 Aufgriffen Illegaler, Bruck an der Leitha und Mistelbach zählen hier zu den niederösterreichischen Hotspots. In erster Linie waren Syrer und Afghanen unerlaubt über die Grenzen gekommen. Apropos Grenzen: Laut Bundeskanzler Kurz und Innenminister Nehammer ist die Balkanroute seit Mitte März 2020 geschlossen – trotzdem kommen über 50 Prozent der Migranten genau über diesen Weg in unser Land.“

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 20.11.2020

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201120_OTS0116/landesrat-waldhaeusl-zu-angeblich-geschlossenen-grenzen-50-prozent-der-illegalen-migranten-kommen-ueber-die-balkanroute

Landesrat Waldhäusl zu angeblich geschlossenen Grenzen: 50 Prozent der illegalen Migranten kommen über die Balkanroute!

Offizielle Zahlen aus dem Bundesministerium für Inneres strafen die Sonntagsreden von Bundeskanzler Kurz Lügen

„Jede Woche passieren **unzählige Illegale** unsere Grenzen, laut Innenministerium erfolgten in der Vorwoche wieder zahlreiche Schlepper- bzw. Großaufgriffe – auch in Niederösterreich. Was die Asylanträge um sage und schreibe 42 Prozent (im Vergleich zu den Zahlen im Vorjahr) in die Höhe schnellen ließ. „Ganz besonders gut frequentiert ist aktuell die **Balkanroute**, die Hälfte der Migranten (Syrer, Afghanen und Iraker) nutzen diesen Weg regelmäßig nach Mitteleuropa“, informiert Waldhäusl. „Die Corona-Pandemie hat offiziell keinen Einfluss auf das **Eindringen von Asylsuchenden in unser Land**. Ich frage mich, warum Bundeskanzler Kurz die Menschen so unverschämt belügt, während die Zahlen aus dem Ministerium von Parteifreund Nehammer die **permanente illegale Einwanderung** schwarz auf weiß belegen!“

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 08.07.2020

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200708_OT50064/landesrat-waldhaeusl-grosse-bedenken-wegen-zweiter-corona-welle-und-gleichzeitigem-massiven-anstieg-bei-der-migration

Landesrat Waldhäusl: Große Bedenken wegen zweiter Corona-Welle und gleichzeitigem, massiven Anstieg bei der Migration!

Coronavirus breitet sich aus, gleichzeitig warten in der Balkanregion 140.000 Migranten auf Weiterreise – Bund muss handeln

„Für mich als Asylverantwortlicher in unserem Bundesland ist **Feuer am Dach**. Ein **Anstieg bei den Corona-Infizierten und parallel dazu auch im Bereich der Migration** verheißt nichts Gutes, eine dadurch entstehende **Verbreitung des Virus** kann für die Niederösterreicher bedenkliche Ausmaße annehmen“, warnt Waldhäusl. „Ich erwarte von den Verantwortlichen seitens des Bundes daher entsprechende Maßnahmen!“

ad I/3: Frühwarnstufen, Notfallpläne und echter Grenzschutz

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 28.12.2021

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211228_OT50023/landesrat-waldhaeusl-strenge-einreiseregeln-nach-oesterreich-nur-illegale-migranten-werden-ohne-impfung-oder-test-durchgewunken

Landesrat Waldhäusl: Strenge Einreiseregeln nach Österreich, nur illegale Migranten werden ohne Impfung oder Test durchgewunken

Erlass des grünen Gesundheitsministeriums besagt, dass für Asylwerber andere Gesetze gelten „Unsere Bundesregierung hat mittlerweile nicht mehr wirklich viel im Griff, die **linkslinken Strömungen der Grünen** sind Vorgabe und die ÖVP hinkt denen willfährig nach“, kritisiert Waldhäusl. „**Es gibt für mich kein einziges Argument, illegal an der Grenze stehende Migranten ins Land zu lassen. Ob geimpft, genesen, getestet, geboostert oder was auch immer. Es handelt sich schlichtweg um eine Schlechterstellung der eigenen Bevölkerung, die so nicht hinzunehmen ist!**“

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 02.12.2021

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211202_OT50161/landesrat-waldhaeusl-zu-asylgipfel-noe-weg-wird-weitergefuehrt-niemals-mehr-als-3000-asylwerber-in-noe-grundversicherung

Landesrat Waldhäusl zu Asylgipfel: NÖ Weg wird weitergeführt – niemals mehr als 3.000 Asylwerber in NÖ Grundversicherung!

Ein guter Tag für Niederösterreich, ein schlechter für die Bevölkerung der anderen Bundesländer Waldhäusl prophezeit, angesichts der anhaltenden Asylflut würden die anderen Bundesländer mehr oder weniger „**absaufen**“. Er beantragt beim Asylgipfel am 02.12.2021 eine „**echte Grenzsicherung**“, was alle anderen Flüchtlingsreferent*innen ablehnten.

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 14.10.2019

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191014_OT50104/landesrat-waldhaeusl-fast-200-aufgriffe-von-illegalen-pro-monat-die-fruehwarnstufe-des-asyl-notfallsplans-noe-ist-erreicht

Landesrat Waldhäusl: Fast 200 Aufgriffe von Illegalen pro Monat – die Frühwarnstufe des Asyl-Notfallsplans NÖ ist erreicht

Innenminister muss für verstärkten Grenzschutz sorgen bzw. auf Knopfdruck Grenzen schließen können.

*„Nicht einmal der mutigste Realitätsverweigerer kann sich die anhaltende Situation noch schönreden“, spielt Asyl-Landesrat Gottfried Waldhäusl auf die **regelmäßigen Aufgriffe von Illegalen in Niederösterreich** an. „Tatsache ist, dass mittlerweile monatlich und nach offiziellen Zahlen bis zu 200 Personen angehalten werden, die sich unrechtmäßig in unserem Land aufhalten. **Im Hinblick auf den Asyl-Notfallsplan NÖ ist damit die Frühwarnstufe bereits erreicht!**“*

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 18.09.2019

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190918_OT50124/landesrat-waldhaeusl-migration-weiterdenken

Landesrat Waldhäusl: Migration weiterdenken

Ergebnisse der Regierungsklausur in Krems

*„Die Flüchtlingskrise 2015/2016 stellte die Bundesländer vor erhebliche Unterbringungsprobleme. Um für etwaige neue Entwicklungen gerüstet zu sein, präsentierte Landesrat Gottfried Waldhäusl einen **„Asyl-Notfallsplan Niederösterreich“**. Unter dem Motto: **„Migration weiterdenken!**“*

ad I/4: Gerichtsentscheide und Rechtmäßigkeit des „humanitären Bleiberechts“ angezweifelt

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 18.02.2021

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210218_OT50060/landesrat-waldhaeusl-corona-ist-gekommen-um-zu-bleiben-asylpolitik-wie-vor-pandemie-ist-unleistbar

Landesrat Waldhäusl: Corona ist gekommen um zu bleiben – Asylpolitik wie vor Pandemie ist unleistbar!

Corona ist gekommen, um zu bleiben – Minuszuwanderung notwendig für Wiederaufbau

*„Corona wird sich zwischen Grippe und Feuchtblättern einreihen, wir werden damit leben lernen müssen. Jetzt geht es darum, den im letzten Jahr entstandenen Schaden zu begrenzen. Somit ist auch eine Abwanderung von Migrationswilligen und eine **rigorose Abschiebepolitik ein Gebot der Stunde**. Die bisherigen **Humanitätstotschlagargumente galten in einer Gesellschaft vor Corona, die neue Humanität muss unseren eigenen Leuten gelten!**“*

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 13.05.2019

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190513_OT50076/weitere-schritte-im-massnahmenplan

Weitere Schritte im Maßnahmenplan

Neue Wohnsituation für subsidiär Schutzberechtigte

„Der neue Maßnahmenplan in NÖ reformiert einen massiven Bereich des Asylwesens, zahlreiche Abläufe wurden neu gestaltet! So wurden bereits 2018 so gut wie alle **negativ Beschiedenen aus der Grundversorgung entlassen**. Von den subsidiär Schutzberechtigten [...] etwa fordert Waldhäusl nunmehr ein deutliches Mehr an Eigenverantwortung - einerseits im Bereich der Wohnsituation und andererseits bei der Arbeitsplatzsuche – ein. [...]

Der in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Grundrechtsschutz ist in seiner derzeitigen Form und Auslegung längst nicht in Stein gemeißelt und muss definitiv überdacht werden. Drogendealer und Pseudochristen dürfen sich nicht länger auf diesen völkerrechtlichen Verbindlichkeiten ausruhen können!“

ad I/5: Lügen und Fantasiemzahlen über Leistungen der öffentlichen Hand in Asylbereich

Presseausendung – Büro Waldhäusl / 18.02.2021

https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20210218_OT50060/landesrat-waldhaeusl-corona-ist-gekommen-um-zu-bleiben-asylpolitik-wie-vor-pandemie-ist-unleistbar

Landesrat Waldhäusl: Corona ist gekommen um zu bleiben – Asylpolitik wie vor Pandemie ist unleistbar! Corona ist gekommen, um zu bleiben – Minuszuwanderung notwendig für Wiederaufbau

„Es ist in diesem Zusammenhang unserem Land nicht mehr möglich, **Menschen ohne echten Asylgrund aus humanitären Beweggründen durchzufüttern**, die wie in einem aktuellen Fall eine monatliche Leistung von sage und schreibe 3.700 Euro aus der öffentlichen Hand erhalten. Es ist nicht mehr leistbar, **integrationsunwillige Personen, die weder unsere Werte noch Gesetze akzeptieren, im Land zu behalten**. Es ist nicht mehr leistbar, **Luxus-Integrationsprojekte zu finanzieren**, die tatsächlich Nachteile für die Niederösterreicher bringen würden. Es ist weiters nicht mehr leistbar, **Asylverfahren bis zum Jahre Schnee auszudehnen**.“

ad I/6: Geflüchtete als bloßer Kostenfaktor

Presseausendung – Büro Waldhäusl / 06.06.2019

https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20190606_OT50116/budget-2020-zahlen-daten-fakten

Budget 2020 – Zahlen, Daten & Fakten

Waldhäusl-Kurs entlastet den Steuerzahler

Waldhäusl rühmt sich, von 2019 auf 2020 **Einsparungen von € 26 Mio.** erzielt zu haben: durch Rückführungen, Abschiebungen, Reduktion bedarfsorientierter Mindestsicherung oder beim Budgetposten „Flüchtlingshilfe“.

Presseausendung – Büro Waldhäusl / 04.09.2018

https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20180904_OT50090/landesrat-waldhaeusl-600-rueckkehrverweigerer-sind-bereits-ausser-landes-einsparung-fuer-steuerzahler-von-24-millionen-euro-pro-jahr

Landesrat Waldhäusl: 600 Rückkehrverweigerer sind bereits außer Landes – Einsparung für Steuerzahler von 2,4 Millionen Euro pro Jahr!

Personen mit negativem Asylbescheid wurden kontinuierlich abgeschoben

Waldhäusl brüstet sich, ab seiner Amtsübernahme im März 2018 die Zahl der „Rückkehrverweigerer“ von 600 auf 60 reduziert zu haben und dadurch pro Jahr fast € 2,4 Mio. einsparen zu können.

Und wie so oft, hackt er in diesem Zusammenhang auf Ressort-Kolleg*innen in anderen Bundesländern hin:

*„In anderen Bundesländern wird aber nach wie vor viel **Steuergeld für Leute mit negativem Asylbescheid verpulvert**: In Wien handelt es sich um ca. 1.100 Zuwanderer, was monatlich gleich 600.000 Euro ausmacht. „In **Oberösterreich, wo Grünen-Landesrat Anschöber sein Unwesen treibt**, halten sich nach wie vor 200 Rückkehrverweigerer auf, die sich monatlich gemeinsam über 100.000 Euro aus dem Steuertopf freuen“, weiß Waldhäusl.“*

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 13.05.2019

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190513_OTS0076/weitere-schritte-im-massnahmenplan

Weitere Schritte im Maßnahmenplan

Neue Wohnsituation für subsidiär Schutzberechtigte

„Eine Unterbringung der betroffenen Menschen in Privatquartieren schlägt sich positiv im Landesbudget nieder - und kostet ungefähr die Hälfte:

- *in einem organisierten Quartier kostet ein Erwachsener dem Steuerzahler pro Monat 630 Euro, über das Jahr gerechnet sind das 7.560 Euro.*
- *in einer Privatunterkunft kann etwa von der Hälfte ausgegangen werden, sprich ca. 315 Euro pro Monat und etwa 3.780 Euro pro Jahr.*

Das heißt, wenn ein Großteil der subsidiär Schutzberechtigten in Niederösterreich in privaten Quartieren untergebracht sein würde, belaufen sich die Kosten pro Jahr auf etwa zwei Millionen Euro. Im umgekehrten Fall eben das Doppelte – jährliche Einsparung: mehr als zwei Millionen Euro!“

In einer Privatunterkunft bekommen Asylwerber pro Person und Monat aus der Grundversorgung € 365,- (Mietzuschuss und Verpflegungsgeld), oder € 215, falls nur Verpflegungsgeld bezogen wird. Das wäre €4.380 / Jahr im Vergleich zu €2.580 / Jahr.

Somit sind Privatquartiere für das Land Niederösterreich weit günstiger als betreute Quartiere oder Selbstversorger-Vertragsquartiere.

(siehe Informationsbroschüre: „Grundversorgung in Niederösterreich für Asylwerber und nicht abschiebbare Fremde“, Seite 11, https://www.noel.gv.at/noel/SozialeDienste-Beratung/Informationsbroschuere_fuer_AsylwerberInnen_-_Letzversion.pdf)

ad I/7: Behördliche Schikanen gegen Asylwerber

Schikanen gegen jugendliche Asylwerber

Laut Aussagen von Ehrenamtlichen gab es zumindest 2015 und 2016 zahlreiche Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMFs), die auf Anordnung der Behörde mehrmals – in Einzelfällen sogar zehn- bis zwölfmal – in andere Vertragsquartiere wechseln mussten. Dies verunmöglicht jegliche Integration. Im Gegenteil, es kommt zu wiederholter Entwurzelung und kann zu neuerlicher schwerer Traumatisierung führen.

Auch gab es Fälle von Asylwerbern, die bereits längere Zeit bei Familien wohnten und plötzlich – aus heiterem Himmel – die schriftliche Anordnung erhielten, in ein Landesquartier zu ziehen, andernfalls würden ihnen die Grundversorgungsleistungen gestrichen. Begründet wurde diese Entscheidung den Asylwerbern gegenüber nicht.

Die Auskunft auf Nachfrage von Ehrenamtlichen bei der **Koordinationsstelle für Ausländerfragen / Abt.IVW2** beim Amt der NÖ Landesregierung, auf Grund welcher Kriterien solche Entscheidungen getroffen werden, lautete, es liege an den jeweiligen Gemeinden, ob (weitere) Asylwerber aufgenommen werden oder nicht.

Diese Vorgangsweise ist äußerst intransparent. Die Aufnahmekriterien von Asylwerber*innen in Gemeinden sollten niederösterreichweit unbedingt vereinheitlicht werden.

Schikanöse Vorgangsweise gegenüber einer 75-jährigen Afghanin

(zur Illustration die genaue Fallbeschreibung, verfasst von Frau B. einer ehrenamtlichen Unterstützerin der Frau)

Frau N.A Jahrgang 1945, lebte mit der Familie ihrer Tochter bis vor zwei Jahren in Bad Vöslau. Sie war Analphabetin, bis zu ihrer Augenoperation fast blind und gebrechlich.

Frau N.A. hatte subsidiären Schutz, die restliche Familie Asyl zugesprochen bekommen.

18-01-2019:

Schreiben vom Amt der NÖ Landesregierung mit der Aufforderung zur Erbringung ihrer Integrationsleistungen innerhalb von sechs Monaten (Deutschkursmaßnahmen, Werte- und Orientierungskurs). Im Schreiben wurde erwähnt, dass eine Nichterfüllung eine Kürzung der Grundversorgung zur Folge haben könne. Falls diese Leistungen jedoch nicht erbracht werden können, könne die Frist erstreckt oder von der Erfüllung der Auflage endgültig abgesehen werden.

31-01-2019:

Auf Ersuchen der Familie rief Frau B. bei der zuständigen Sachbearbeiterin an, ersuchte um Befreiung von Frau N.A. von diesen Verpflichtungen und bot an, mit Frau N.A. zu einer amtsärztlichen Untersuchung zu gehen.

05-02-2019:

Schreiben der Sachbearbeiterin an Frau N.A. das Schreiben vom 18.01. 2019 sei als nichtig zu betrachten, auf Grund ihres Alters sei lediglich die beiliegende Integrationserklärung zu unterzeichnen und innerhalb von zwei Wochen an das Amt der NÖ Landesregierung zu senden. In dieser Integrationserklärung waren aber neben den „Grundlegenden Werten des Zusammenlebens“ auch wieder die bereits erwähnten Verpflichtungen angeführt, wie „Erlernen der deutschen Sprache“, „Besuch von Werte- und Orientierungskursen“, „Arbeitstraining“ und „Bereitschaft zur Aufnahme einer Arbeit“.

Nachdem Frau N.A. diese Forderungen nicht erfüllen konnte, schickte die Familie die Erklärung nicht zurück.

02-07-2019:

Bescheid vom Amt der NÖ Landesregierung mit der Mitteilung, dass wegen „Missachtung von Integrationsverpflichtungen“ die monatlichen Grundversorgungsleistungen von € 215 auf € 150 gekürzt werden würden.

15-07-2019:

Auf Ersuchen von Frau N.A. und ihrer Familie schrieb Frau B. ein E-Mail, das jedoch unbeantwortet blieb. Mehrere Telefonate waren ebenfalls erfolglos. Die Grundversorgung wurde auf €150 gekürzt.

29-10-2019:

Eingeschriebener Brief im Namen von Frau N.A. mit unterschriebener Integrationserklärung/ Teil 1. Den 2. Teil bezüglich Deutsch-, Werte- und Integrationskursen bzw. „Bereitschaft zu qualifizierenden Maßnahmen für den Arbeitsmarkt“ (!) hatte Frau B. auf dem Vordruck gestrichen. Auch diese Maßnahme blieb erfolglos.

12-12-2019:

Weitere, bereits verärgerte Anrufe seitens Frau B. im Büro Waldhäusl folgten. Schließlich kündigte Frau B. an, sie würde sich nun an einen Anwalt wenden. Es könne doch nicht möglich sein, eine alte Frau wegen ihrer gesundheitlichen Einschränkungen von den Integrationsverpflichtungen zu befreien und sie im selben Schreiben wieder durch Unterschrift zu genau diesen Verpflichtungen zu zwingen. Dies sei eine absurde Schikane, die sie nicht mehr länger dulden würde.

Bei einem erneuten Anruf wurde Frau B. mit einem Mitarbeiter verbunden. Ihm las Frau B. die inzwischen im Internet aufgefundene „Integrationsvereinbarung 2017“ vor, in der eindeutig festgelegt ist, dass Personen auszunehmen seien, denen aufgrund ihres psychischen oder physischen Gesundheitszustandes die Erfüllung der Integrationsverpflichtungen nicht zugemutet werden könne. Dies sei mittels eines amtsärztlichen Gutachtens nachzuweisen.

Dieser Beamte war erstmals einsichtig, versprach, sich endlich um die Angelegenheit zu kümmern, und ab dem kommenden Monat erhielt Frau N.A. wieder Grundversorgungsleistungen von € 215, und das, ohne sich einer amtsärztlichen Untersuchung unterzogen zu haben.

Nach fast einem Jahr waren Frau N.A. also wieder dort, wo sie gemeinsam mit ihrer Unterstützerin, Frau B. im Jänner 2019 begonnen hatte.

Das Geld, das Frau N.A. durch die Kürzung der Grundversorgungszahlungen verloren hatte, erhielt sie jedoch nicht nachbezahlt. Sie hätte den Betrag einklagen können, was sie aber nicht wollte.

Frau B.s Eindruck: hinter dieser Vorgangsweise steckt System und bewusste Schikane und wird möglicherweise viele Personen treffen, die sich jedoch allein nicht zur Wehr setzen können.

STANDARD / 18-04.2019

<https://www.derstandard.at/story/2000101663889/acht-bundeslaender-gegen-1-50-stundenlohn>

Acht Bundesländer sind gegen den 1,50-Euro-Lohn für Asylwerber

LR Waldhäusl als willfähriger Erfüllungsgehilfe des damaligen Innenministers Kickl stimmte als einziger für die Reduktion des Anerkennungsbeitrages für gemeinnützige Arbeit von Asylwerbern von €3 bis €5 auf €1,50.

Auch Vereine, wie „Klosterneuburg hilft“ und andere Vertreter*innen der Zivilgesellschaft protestierten in zahlreichen Schreiben und offenen Briefen an die NÖ Landeshauptfrau gegen dieses unfaire Vorhaben des Innenministers.

<https://www.asyl.at/files/326/02-offenerbriefklosterneuburghilft.pdf>

ad I/8: Kriminalisierung von Asylwerbern und Diffamierung von Konvertiten

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 13.05.2019

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190513_OTS0076/weitere-schritte-im-massnahmenplan

Weitere Schritte im Maßnahmenplan

Neue Wohnsituation für subsidiär Schutzberechtigte

In dieser Presseaussendung leistet sich LR Waldhäusl Ungeheuerliches – seine negative Einstellung gegenüber Asylwerbern, sowie seine Anzweiflung der im Verfassungsrang stehenden „Europäischen Menschenrechtskonvention“. Dies disqualifiziert ihn somit für die Asyl- und Integrationsagenden in Niederösterreich völlig.

„Drogendealer & Pseudochristen ausbremsen

*Weil aber längst nicht alle betroffenen Personen die „Unschuld vom fremden Lande“ sind, sollte europaweit der Status „Subsidiär Schutzberechtigter“ generell überdacht werden: Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass **unzählige Muslime über Nacht zum Christentum konvertieren**, um eine Abschiebung bis zum St. Nimmerleinstag zu verhindern. Ebenso verhält es sich mit jenen in unserem Land „Schutzsuchenden“, die einst in ihrem Heimatland einen Mord begangen haben und daher nicht ausgeliefert werden dürfen. Genauso verhält es sich mit **Subsidiären, die sich mit Drogenhandel gerne und regelmäßig ihr Taschengeld aufbessern.***

Der in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Grundrechtesschutz ist in seiner derzeitigen Form und Auslegung längst nicht in Stein gemeißelt und muss definitiv überdacht werden. Drogendealer und Pseudochristen dürfen sich nicht länger auf diesen völkerrechtlichen Verbindlichkeiten ausruhen können!“

ad I/9: Fehlende Deutschkurse für Asylwerber*innen in Niederösterreich

Presseaussendung – Büro Waldhäusl /02.09.2020

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200902_OTS0086/5-jahre-fluechtlingswelle-die-lehren-daraus-vorausschau

5 Jahre Flüchtlingswelle – die Lehren daraus & Vorausschau

Ergebnisse der Herbstklausur – Büro Landesrat Waldhäusl

*„Es geht nicht um die Frage, ob Österreich und Niederösterreich von einer **neuerlichen Flüchtlingswelle** getroffen werden. Vielmehr geht es darum, wann und in welchem Ausmaß dies passieren wird. **Dafür müssen wir entsprechend gerüstet sein!**“,* blickt Asyl-Verantwortlicher Waldhäusl längst mit einem Auge in die Zukunft. Bedenken bereiten ihm dabei, dass die Reaktion der Bundesregierung im Falle des Falles in keiner Weise abschätzbar ist.

*Aus diesem Grund hat er längst die **Erstellung eines Maßnahmen- bzw. Notfallplans in Auftrag gegeben**, der verschiedene Szenarien von Flüchtlingswellen durchspielt und notwendige Maßnahmen darlegt.*

*Im Rahmen eines **sorgfältigen Krisen- und Risikomanagements** wird das Land NÖ schließlich für derartige Situationen gerüstet sein. Trotz einer neuerlichen Welle muss **in erster Linie auf die Sicherheit der eigenen Bevölkerung Bedacht genommen werden**. [...]*

***Fördermittel für Integration** gibt es in Niederösterreich auch künftig nicht ab dem ersten Tag, sondern nur für Personen mit hoher **Bleibewahrscheinlichkeit**.“*

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 20.02.2020

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200220_OTS0007/landesrat-waldhaeusl-fuer-das-erlernen-von-benimmregeln-anstatt-reflexartiger-integration

Landesrat Waldhäusl für das Erlernen von Benimmregeln anstatt reflexartiger Integration

Waldhäusl-Weg in Niederösterreich: Integration ab dem ersten Tag des Grenzübertritts kommt nicht in Frage – Eingliederung ist das Schlüsselwort

*„Ich stehe dafür, dass Integrationsmaßnahmen nur für Menschen mit positivem Asylbescheid und jene mit einer hohen **Bleibewahrscheinlichkeit** zur Verfügung stehen.“ [...]*

*Es muss von vornherein klar sein, dass nicht jeder, der die Grenze übertritt, auch bleiben darf und kann. Selbstverständlich leistet unser Land Hilfe für Menschen aus Kriegsgebieten, das Schlüsselwort ist allerdings **„Schutz auf Zeit“**. **Es ist in keiner Weise notwendig, reflexartig und vom ersten Tag an zu integrieren – vielmehr geht es um Eingliederung!** Darum, dass **die Menschen gewisse in unserem Land geltende Benimmregeln und Werte akzeptieren**“,* nimmt Waldhäusl Bezug auf die von ihm im Vorjahr präsentierten **„10 Gebote der Zuwanderung“**.

*Dabei geht es beispielsweise darum, die Gleichberechtigung von Mann und Frau anzuerkennen, Konflikte gewaltfrei zu lösen, Eigenverantwortung zu tragen oder unserem Land gegenüber **Dankbarkeit zu leben**.“ [...]*

SOS Mitmensch / 23.01.2020

<https://www.sosmitmensch.at/deutliche-verschlechterung-bei-deutschkursen-fuer-asylsuchende>

Deutschkurse für Asylsuchende: Tirol an der Spitze und Niederösterreich Schlusslicht

Die Bundesländer-Erhebung von SOS Mitmensch (Jänner 2020) zeigt Niederösterreich bei den Deutschkursen wieder einmal als Schlusslicht. Zum Unterschied von fast allen anderen Bundesländern gibt es in NÖ keine eigenen Deutschkurse, die vom Bundesland organisiert und finanziert werden. Auf diese Weise verdammt man Asylwerber*innen, jahrelang untätig herumzusitzen, wirft ihnen ihre mangelnde Deutschkompetenz dann aber vor, falls sie Bleiberecht zugesprochen bekommen und deshalb nicht sofort für den Arbeitsmarkt qualifiziert sind. Das ist unmenschlich.

„Negative Entwicklung

Die Ergebnisse unserer Erhebung sind teilweise alarmierend. Der unter Türkis-Blau beschlossene Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung von Deutschkursen für Asylsuchende hat zu negativen Auswirkungen geführt. Das Deutschkursangebot ist deutlich zurückgegangen. Einige Bundesländer haben versucht, das abzufedern, aber das ist nicht überall gelungen“, sagt Sonja Kittel, die für SOS Mitmensch die Erhebung geleitet hat.

Ranking mit Tirol an der Spitze und Niederösterreich als Schlusslicht

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern beim Deutschkursangebot für Asylsuchende seien weiter gewachsen, erklärt Kittel. So variieren etwa die Wartezeiten auf Kurse, je nach Bundesland, zwischen einem und 6 Monaten, sofern überhaupt passende Kursniveaus angeboten werden. Auch die Intensität der Deutschkurse schwanke erheblich, zwischen 60 Übungseinheiten pro Kurs in Salzburg und bis zu 195 Übungseinheiten in Wien. Insgesamt sei Tirol vergleichsweise gut aufgestellt, gefolgt von Wien und Oberösterreich. Demgegenüber gebe es in Niederösterreich und der Steiermark gar keine eigenständigen Landes-Deutschkurse mehr für Asylsuchende, so SOS Mitmensch.“

ad I/10: Unterstellung von Arbeitsscheu und Sozialmissbrauch

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 20.02.2020

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200220_OTS0007/landesrat-waldhaeusl-fuer-das-erlernen-von-benimmregeln-anstatt-reflexartiger-integration

Landesrat Waldhäusl für das Erlernen von Benimmregeln anstatt reflexartiger Integration!

Waldhäusl-Weg in Niederösterreich: Integration ab dem ersten Tag des Grenzübertritts kommt nicht in Frage – Eingliederung ist das Schlüsselwort

*„Jene, die Schutz auf Zeit in unserem Land genießen, sollen sich daher eigenverantwortlich eingliedern und sich auch um einen Arbeitsplatz bemühen. **Bekanntlich gehen derzeit über 50 Prozent aller Asylberechtigten keiner Arbeit nach bzw. wollen dies auch gar nicht.** Wer sich mit diesen Gegebenheiten nicht anfreunden will und auch unsere Gesetze negiert, kann sich von mir kein Pardon erwarten!“*

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 28.01.2020

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200128_OTS0051/landesrat-waldhaeusl-kampf-dem-sozialmissbrauch-gutachten-bestaetigt-ab-sofort-die-arbeitsfaehigkeit-von-migranten

Landesrat Waldhäusl: Kampf dem Sozialmissbrauch – Gutachten bestätigt ab sofort die Arbeitsfähigkeit von Migranten

Übereinkommen zwischen Land NÖ und AMS – arbeitsunwillige Migranten werden nun auf Herz und Nieren untersucht

*„All jenen, die sich gerne **auf der sozialen Hängematte ausruhen**, wird mit dem neuen Verwaltungsübereinkommen zwischen Land NÖ und dem Arbeitsmarktservice (AMS) ein Strich durch die Rechnung gemacht“, informiert der zuständige Landesrat Gottfried Waldhäusl. „So wird bereits seit Anfang Jänner mittels medizinischem Gutachten nachgewiesen, ob die betroffene Person tatsächlich arbeitsunfähig ist oder sich nur so präsentiert und damit zu Unrecht Sozialhilfe kassiert.“*

Mit dem neuen System kann die Arbeitsfähigkeit von Sozialhilfebeziehern, darunter auch unzählige Asylberechtigte, schneller und unbürokratischer belegt werden. Waldhäusl: „Es reicht nicht mehr zu behaupten, nicht arbeitsfähig zu sein und vielleicht den einen oder anderen Arztbrief vorzulegen.“

Besonders betroffen sind Menschen mit humanitärem Bleiberecht (Aufenthaltsberechtigung ohne Plus), denn sie dürfen praktisch nicht arbeiten. Durch das NÖ SAG/NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz fallen sie aus jeder sozialen Absicherung heraus. Da ihnen unselbständige Tätigkeit verwehrt ist, sind sie auch nicht krankenversichert.

Und während Menschen mit subsidiärem Schutz nach Erhalt ihres Bescheids einige Monate lang die Grundversorgung weiterbeziehen können, gibt es für jene mit humanitärem Bleiberecht diese Möglichkeit als Überbrückung nicht mehr.

Sie werden in nur 10 (!) Tagen vom Amt der Niederösterreichischen Landesregierung aus der Grundversorgung entlassen. Das bedeutet Verlust des Quartiers, der Krankenversicherung und jeglicher finanzieller Zuwendungen. Auch auf Kindeswohl wird keinerlei Rücksicht genommen. Bisher wurden übrigens sämtliche Anträge von NEOS, GRÜNEN oder SPÖ, das NÖ SAG zu novellieren und menschlicher zu machen im NÖ Landtag von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Auch Härtefallregelungen gibt es nicht.

ad I/11: Budgetkürzungen von wichtigen Einrichtungen durch Büro Waldhäusl

Das interkulturelle Psychotherapie-Zentrum Jefira bestand seit nunmehr sechzehn Jahren und betreute Menschen, die von Krieg, Folter und Flucht traumatisiert sind.

Im Februar 2021 entzog LR Waldhäusl der Einrichtung plötzlich, und mit dubiosen Begründungen, die jährliche Förderung von €50.000, wodurch ihr Weiterbestehen gefährdet war.

Nur nach zahlreichen Protesten und vielen Spenden, darunter auch einige Großspenden, konnte das vorläufige Weiterbestehen von Jefira gesichert werden.

FALTER / 17.02.2021

<https://www.falter.at/zeitung/20210217/was-geschieht-mit-den-vom-krieg-traumatisierten--herr-schenk/af8abab5b8>

Was geschieht mit den vom Krieg Traumatisierten, Herr Schenk?

Martin Schenk, Psychologe und Vizedirektor der Diakonie, gibt Auskunft über die Arbeit von Jefira, warum diese Psychotherapie-Einrichtung unersetzlich ist und ihr Weiterbestand gefährdet ist.

ORF-NÖ / 14.02.2021

<https://noe.orf.at/stories/3089545/>

Flüchtlings-Psychotherapiezentrum vor Aus

Das St. Pöltner Psychotherapiezentrum Jefira, das seit 14 Jahren traumatisierte Flüchtlinge betreut, steht vor dem Aus. Landesrat Gottfried Waldhäusl (FPÖ) strich die Förderung. Die Diakonie spricht von einem „Verbrechen an den Seelen“ der Klienten.

„Krieg, Gewalt und Folter – die Klientinnen und Klienten von Jefira haben in ihrem Leben schon viel erlebt. Einer von ihnen ist Mahmud, der vor zwei Jahren mit seinem Vater und zwei Brüdern von Afghanistan nach Österreich kam. Seine Mutter blieb mit den beiden kleinen Schwestern zurück. Diese plötzliche Trennung war für den Achtjährigen eine traumatische Erfahrung, weshalb er seither an Migräneanfällen und epileptischen Anfällen leidet.

„Solche Traumata müssen aufgearbeitet werden“, betont Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser. Denn das sei die Voraussetzung, „um Deutsch zu lernen, Erfolg in der Schule zu haben und schließlich einen Arbeitsplatz zu finden, auf eigenen Beinen zu stehen und seinen Teil zur Gesellschaft beitragen zu können.“ „

ad I/12: Tierwohl vor Menschenwohl?

Seit Oktober 2020 ist die **NÖ Tierschutz-Hotline** in Betrieb:

https://www.noegv.at/noe/Tierschutz/NOe_Tierschutz-Hotline.html

- rund um die Uhr,
- 365 Tage im Jahr
- mit kostenloser Erstberatung für tierische Notfälle.
- Kosten für den sechsmonatigen Probetrieb nach der Gründung: € 50.000.

„Der ‚Notruf für das Tier‘ ist unter der Telefonnummer 0800-000 134 erreichbar. Hier erhält man kurzfristig Rat und Hilfestellung für schwierige Situationen, wenn z.B. ein entlaufenes oder ein womöglich verletztes Tier gefunden wird, man in einen Wildunfall verwickelt ist oder sich Streuner Katzen im Garten ansiedeln. Die Hotline-Experten wissen, was zu tun ist – ob ein Polizei- oder Feuerwehreinsatz notwendig ist, ob ein Tierheim kontaktiert werden soll bzw. wie bei einem Wildunfall vorgegangen werden muss. Entscheidend ist, dass Handlungen rasch festgelegt werden. Denn nur wer schnell hilft, hilft doppelt!“

MEIN BEZIRK / 30.03.2021

https://www.meinbezirk.at/krems/c-lokales/noe-tierschutzhotline-ist-fuer-weitere-sechs-monate-gesichert_a4556837

Tierschutz-Hotline für weitere sechs Monate gesichert

ORF NÖ / 16.09.2020

<https://noe.orf.at/stories/3067176/>

Die Ausgaben für den **halbjährigen Probetrieb der Tierschutz Hotline** ab Oktober 2020 bezifferte LR Waldhäusl mit **€ 50.000,-**



ORF NÖ / 21.02.2019

<https://noe.orf.at/v2/news/stories/2965897/>

1,3 Millionen für heimischen Tierschutz

Bis 2023 ist die Finanzierung der niederösterreichischen Tierheime gesichert. Das Land NÖ finanziert damit die acht Tierheime, die zum Tierschutzverband gehören. In diesen Heimen werden jährlich ca. 4000 Tiere aufgenommen, versorgt und teilweise weitervermittelt.

Ein Anruf bei der Hotline ergab, dass es eine entsprechende „NÖ Hotline für Menschen“ beim Amt der NÖ Landesregierung nicht gibt.

ad I/13: Diskreditierung von Flüchtlingsreferent*innen anderer Bundesländer und Blockierung von einstimmigen Beschlüssen

Landesrat Waldhäusl ist bei Konferenzen der österreichischen Asyllandesrät*innen dafür berüchtigt, dass er Fundamentalopposition betreibt. Beinahe egal, um welches Thema es sich handelt, er ist aus Prinzip dagegen, was bei der erforderlichen Einstimmigkeit von Beschlüssen katastrophale Auswirkungen hat und Totalblockaden verursacht.

ORF NÖ / 30.04.2021

<https://noe.orf.at/stories/3101765/>

Waldhäusl: Nein zu Flüchtlingsaufnahme

„Bei der Konferenz der Landesflüchtlingsreferenten haben sich acht Bundesländer für die Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Lagern ausgesprochen. Nur der in Niederösterreich für Integration zuständige Landesrat Gottfried Waldhäusl (FPÖ) war dagegen.“

LR Waldhäusl lehnte sämtliche Anträge der anderen Landesflüchtlingsreferent*innen ab:

- Kostenanpassung in der Grundversorgung
- Plan für ein Krisenmanagement im Falle einer neuen Fluchtbewegung
- Neuprogrammierung des EDV-Systems aus dem Jahr 2004 (!), das von allen Vertragspartnern der GVV (Grundversorgungsvereinbarung) genutzt wird

Presseaussendung – Büro Waldhäusl / 30.04.2021

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210430_OTS0119/landesrat-waldhaeusl-niederoesterreich-blockiert-teure-und-nicht-vertretbare-vorstoesse-aus-den-anderen-acht-bundeslaendern

Landesrat Waldhäusl: Niederösterreich blockiert teure und nicht vertretbare Vorstöße aus den anderen acht Bundesländern!

Er begründete seine abermalige Fundamental-Opposition folgendermaßen:

„In großen Teilen fehlt es in der Asylpolitik an Hausverstand, daher kam es bei der heutigen Tagung zu keinem einzigen Beschluss. Es ist der falsche Zeitpunkt, dafür noch mehr Geld in die Hand zu nehmen, ohne die wirtschaftlichen Nachwehen der Pandemie auch nur ansatzweise aufgearbeitet zu haben“, sagt Waldhäusl. „Wir müssen jetzt alle Kraft für unser Land und unsere Landsleute bündeln!“

SALZBURG 24 / 16.05.2019

<https://www.salzburg24.at/news/salzburg/asyl-integrationslandesraete-gegen-kurs-der-bundesregierung-70330555>

Integration: Landesräte treffen sich in Salzburg

„Die Integrationslandesräte der Bundesländer haben sich am Donnerstag bei ihrer Konferenz in Salzburg noch einmal gegen das Ende der unabhängigen Rechtsberatung für Asylwerber ausgesprochen. Einzige Ausnahme: Der niederösterreichische Asyl-Landesrat Gottfried Waldhäusl (FPÖ), dessen Veto am Donnerstag auch weitere sonst einstimmige Beschlüsse verhindert hat. [...]

Waldhäusl folgt Kickl-Linie

Keinen Konsens gab es heute auch beim Wunsch, das Religionsbekenntnis in Schulzeugnissen abzuschaffen. Auch hier schloss sich Waldhäusl seinen Amtskollegen nicht an. Und er folgte bei der Frage der Abschiebung von Asylwerbern in Lehre konsequent der Linie „seines“ Innenministers Herbert Kickl. „Wir halten es aber für entscheidend, dass der Zugang zu Lehrberufen in Mangelberufen für Asylwerber wieder geöffnet wird und es keine Abschiebungen während der Lehre geben darf“, sagte der oberösterreichische Integrationslandesrat Rudi Anschober (Grüne) bei dem Gespräch. [...]

Integration – von Anfang an und auf Augenhöhe

Das Land Salzburg setzt in seinem Zuständigkeitsbereich auf den Grundsatz „Integration – von Anfang an und auf Augenhöhe“. „Dieser Ansatz steht für Offenheit, Chancengleichheit und Zusammenhalt“, betonte Landesrätin Klambauer. Sichtbare Aktivitäten und Projekte in den Regionen, die weitere bedarfsorientierte Regionalisierung von Angeboten, eine kontinuierliche Information für die Bevölkerung und die Unterstützung und Begleitung von freiwillig Tätigen und NGOs stehen dabei im Zentrum. Aktuell wurde dazu das Projekt „Dialog 2019 – Der Salzburger Weg der Integration“ gestartet. „Mein Ziel ist es, damit von der Polarisierung, also einem dogmatischen Dafür oder Dagegen, zu einem Dialog und einem Weg der Mitte zu kommen und Lösungen für die Menschen in unserem Land zu entwickeln“, so Landesrätin Klambauer.“

ad I/14: Waldhäusl ist seit Jahren ein niederösterreichisches Integrationskonzept und jährliche Fortschrittsberichte schuldig

Während es in anderen, ebenfalls ÖVP-regierten Bundesländern wie Vorarlberg digital allgemein zugängliche „**Monatsberichte zum Flüchtlingswesen**“ (<https://www.okay-line.at/Wissen/aktuelle-zahlen-zu-migration-und-integration/monatsbericht-zum-fluechtlingswesen-in-vorarlberg.html>) gibt, oder in Oberösterreich „**Umsetzungsberichte zum Integrationsleitbild**“

(https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_umsetzungsbericht3.pdf), verweigert Waldhäusl seit Jahren die Vorlage eines neuen „Integrationskonzepts mit jährlichem Fortschrittsbericht“.

Das seit 2008 vorhandene, und 2012 überarbeitete Integrationsleitbild bedarf dringend einer Aktualisierung, die auch die Ereignisse und Erkenntnisse durch das Jahr 2015 miteinbezieht. Daher brachten die NÖ NEOS unter der Landtagsabgeordneten Mag.^a Kollermann am 23.09.2021 einen Resolutionsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die niederösterreichische Landesregierung, insbesondere Landesrat Gottfried Waldhäusl, wird aufgefordert, das bereits mehrfach angekündigte niederösterreichische Integrationskonzept vorzulegen, das neun Jahre alte niederösterreichische Integrationsleitbild an die aktuellen Erfordernisse anzupassen und jährlich dem Landtag über den Grad der Zielerreichung Bericht zu erstatten.“

<https://niederoesterreich.neos.eu/landtag/antraege>

Der Antrag wurde von ÖVP, FPÖ und Abg. Ing. Huber abgelehnt.

<https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XIX/2020-07-02/top-6c11d3dfd>

Das System Niederösterreich

ad II/1: Schweigen oder halbherzige Reaktion der Landeshauptfrau Mikl-Leitner zu LR Waldhäusl

Willkommen in Österreich – Verein zum Finden einer neuen Heimat (März 2018)

<https://www.willkommen-in-oesterreich.at/index.php/11-startseite/2123-offener-brief-zur-bestellung-von-gottfried-waldhaeusl-zum-landesrat-fuer-asyl-integration-mindestsicherung-und-tierschutz>

Offener Brief von Christine Kladnik zur Bestellung von Gottfried Waldhäusl zum Landesrat für Asyl, Integration, Mindestsicherung und Tierschutz

Die Betrauung von LR Waldhäusl mit den Asyl- und Integrationsagenden wird scharf kritisiert und als „gefährlich für den sozialen Frieden und das Zusammenleben der Menschen in Niederösterreich“ bezeichnet.

„Das Interview mit Herrn Waldhäusl im Standard vom 22. März 2018 („Warum sollte Landbauer nicht zurückkehren?“) zeigt ganz deutlich, dass für alle, die sich für die Erhaltung einer demokratischen und freien Gesellschaft auch in NÖ einsetzen, Handlungsbedarf besteht. In diesem Interview stellt Herr Waldhäusl alle Asylsuchenden unter den Generalverdacht des Missbrauchs. Er unterstellt, dass Asylwerbende 3000 – 5000 Euro pro Monat bekommen könnten, ohne zu begründen, wie er auf diese Summen kommt, und er bezichtigt Hilfsorganisationen wie Diakonie und Caritas, an der Arbeit mit Geflüchteten zu verdienen und dabei ihren Aufgaben nicht ausreichend gerecht zu werden. Herr Waldhäusl nennt hier nicht nur völlig aus der Luft gegriffene Zahlen, sondern schürt Missgunst und Neid und diskreditiert Menschen, die sich für die Integration von Asylwerber/innen und Asylberechtigten einsetzen. Die sogenannten „Reparaturen“ der NÖ Mindestsicherung wurden in zwei entscheidenden Punkten vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, weil sie unsachlich sind und gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Anstatt aus dieser Korrektur zu lernen, setzt Herr Waldhäusl den Neiddiskurs unvermindert fort und sorgt für Verunsicherung und Angst bei den betroffenen Personen.“

Tiroler Tageszeitung / 29.05.2021

<https://www.tt.com/artikel/30792683/amtsmissbrauch-vorwurf-abwerzger-fordert-ruecktritt-von-waldhaeusl>

Amtsmissbrauch-Vorwurf: Abwerzger fordert Rücktritt von Waldhäusl

Tiroler FPÖ-Chef fordert Waldhäusls Rücktritt nach Anklage durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gegen den freiheitlichen niederösterreichischen Integrationslandesrat wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs.

„Hintergrund ist das umstrittene Asylquartier in Drasenhofen. Unbegleitete Jugendliche wurden dort hinter Stacheldraht untergebracht, bewacht von Securitys. Waldhäusl warf den Betroffenen vor, „notorische Unruhestifter zu sein“. Der Strafraum im Fall einer Verurteilung liegt bei sechs Monaten bis fünf Jahren.“

Einen Rücktritt wegen der Anklage schloss Waldhäusl aus – im Fall von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hatte die FPÖ den Rücktritt schon wegen der Ermittlungen gefordert.

Waldhäusl erklärt, er fühle sich im Recht. Er gehe „selbstverständlich“ von einem Freispruch aus.

Ganz anders der Tiroler FPÖ-Chef Markus Abwerzger: „Anklage bedeutet für mich Rücktritt ohne Ausrede und Rechtfertigung.“ Regierungsmitglied und Anklage funktioniere nicht, legt Abwerzger gegenüber der TT seinem niederösterreichischen Kollegen den Rückzug nahe. Das Mindeste wäre, dass Waldhäusl seine Funktion ruhend stelle. „Wenn man bei Kurz und Blümel – zu Recht – einen Rücktritt fordert, dann muss man auch im eigenen Haus konsequent sein, sonst wird man unglaubwürdig“, betont Abwerzger.“

Die Presse / 20.11.2008

<https://www.diepresse.com/431941/noe-eigen-wbrprofilierung-und-majestaets-wbrbeleidigung>

NÖ: Eigen-Profilierung und Majestäts-Beleidigung

Der ehemalige Landeshauptmann Erwin Pröll zeigte, dass man sehr wohl einem Landesrat Kompetenzen entziehen kann. Er machte dies nur zwei Monate nach der Bestellung des SPÖ-Landesrats Sepp Leitner im Jahr 2008.

Leitner lag im Dauer-Clinch mit der Landeshauptmann-Partei. Der endgültige Auslöser war Leitners Forderung, vor dem Beschluss der Landesregierung einen Einblick ins Gesamtbudget zu bekommen, was Pröll ablehnte. Daraufhin verweigerte die NÖ SPÖ die Zustimmung zum Budget, was von der ÖVP als unglaublicher Affront und „Majestätsbeleidigung“ gewertet wurde.

Pröll „bestrafte“ Leitner dadurch, dass er ihm die Hälfte seines Referats entzog.

Wenn also die Landeshauptfrau wollte, könnte sie dies auch bei LR Waldhäusl tun. Allein es fehlt der Wille!

ad II/2: Landeshauptfrau Mag. Mikl-Leitner – von Kommunikationsunwilligkeit bis hin zur totalen Gesprächsverweigerung

Dass nicht nur #zusammenhalt NÖ-Vertreter*innen mit Landeshauptfrau Mikl-Leitner enttäuschende Erfahrungen gemacht haben, zeigt das Beispiel zweier Umwelt-Initiativen, der Bürgerinitiative „Lebenswertes Paudorf“, sowie der Bürgerinitiative „Freunde und Freundinnen des Dunkelsteiner Waldes“. Auch hier wurde Verzögerungstaktik, Delegieren an Beamt*innen und Gesprächsverweigerung betrieben.

Die Vertreter*innen der BI schrieben vier Offene Briefe, auf die sie entweder keine oder nicht passende Antworten erhielten (nachzulesen auf der Homepage der Initiative).

<https://www.dunkelsteinerwald.org/paudorf/index.html#848457a9780933104>

Jedenfalls ist es unzumutbar und für eine Landeshauptfrau beschämend, wenn Ehrenamtliche, die in Sonntagsreden von Mikl-Leitner überschwänglich gelobt werden, sie persönlich schließlich nur am KURIER-Telefon erreichen konnten. Auf die Frage, warum es trotz wiederholter Anfragen keinerlei Möglichkeit für einen Gesprächstermin gäbe, meinte sie, sie sei ja ohnehin ständig in NÖ unterwegs.

Man fragt sich nun: sollte man sie vielleicht bei einem Kirtag oder einem Großheurigen mit wichtigen Themen wie Asyl, Integration oder Naturschutz konfrontieren, oder wird es doch in

Zukunft – so wie in anderen, ebenfalls ÖVP-regierten Bundesländern – offizielle Sprechstunden und Sprechtage geben?

Oder muss man vielleicht zu „Gipfel-Gesprächen“ anreisen, um an die Landeshauptfrau heranzukommen?

https://www.meinbezirk.at/niederoesterreich/c-lokales/triff-die-landeshauptfrau_a2926499

Zahlreiche Vertreter*innen der Zivilgesellschaft haben jedenfalls den Eindruck gewonnen, bei einer absolutistischen Monarchin um eine Audienz anzusuchen und nicht mit einer demokratisch gewählten Politikerin, die eigentlich „Dienerin des Volkes“ sein sollte, reden zu wollen.